Antragsteller:
Anne Röder
Wolfgang Baum
- Beirat für Behindertenfragen -

Drucksachen-Nr.
6230/2009-2014

Datum:12.09.2013

**An den Vorsitzenden des
Beirates für Behindertenfragen**

Antrag

Gremium	Sitzung am	Beratung
Beirat für Behindertenfragen	25.09.2013	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)
**Erläuterungen zum Bescheid über die Gewährung von Grundsicherungsleistungen
in leichter Sprache**

Beschlussvorschlag:

Der Beirat für Behindertenfragen fordert die Verwaltung auf, dem Bescheid über die Gewährung von Grundsicherungsleistungen ein Beiblatt mit Erläuterungen in leichter Sprache beizufügen.

Begründung:

Die Bescheide der Verwaltung sind in der Regel in einer Sprache verfasst, die für Menschen mit einer geistigen Behinderung oder einer Lernbehinderung nicht zu verstehen ist.

Im Behindertengleichstellungsgesetz NRW (BGG NRW) heißt es in § 9 (1):

„Die in § 1 Abs. 2, Sätze 1 und 2 genannten Träger öffentlicher Belange haben bei der Gestaltung von schriftlichen Bescheiden, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtlichen Verträgen, Vordrucken und amtlichen Informationen die besonderen Belange betroffener Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen.“

Auch im Bundesgleichstellungsgesetz (BGG) wurde in § 10 der gleiche Wortlaut übernommen.

Der Verein „Gemeinsam Wohnen in Bielefeld e.V.“ hat sich in den letzten zwei Jahren bemüht, zum Bescheid zur Grundsicherung ein Beiblatt zur Erläuterung in leichter Sprache zu entwickeln. Dieses Beiblatt soll zunächst 100 Bescheiden über die Gewährung von Grundsicherungsleistungen zur Erprobung beigelegt werden. Rückmeldungen zu dem Beiblatt sollen abgewartet und entsprechend berücksichtigt werden, bevor jeder Bescheid ein Beiblatt erhält.

Berichterstattung:

Herr Baum

Unterschrift:

gez. Röder

Unterschrift:

gez. Baum